



Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens  
Oliver Paasch  
Ministerpräsident

Parlament der DG					
076474		23.12.15			
1	2	3	4	GS	PDT

Parlament der Deutschsprachigen  
Gemeinschaft  
Herrn Karl-Heinz Lambertz  
Präsident  
Platz des Parlaments 1  
  
4700 Eupen

Eupen, den 3. Dezember 2015

Unser Zeichen: FbAURE.JG/01.05-01.02/15.382  
Ihr Ansprechpartner ist Joseph Ganser, Tel: +32 (0)87 789 624, E-Mail: [joseph.ganser@dgov.be](mailto:joseph.ganser@dgov.be)

### **Stellungnahme der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu den Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates der Großregion**

Sehr geehrter Herr Parlamentspräsident,

die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat zu den Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates vom 28. November 2014 und vom 19. Juni 2015, die mir zugesandt wurden, eine Stellungnahme abgegeben. Ich darf Ihnen anbei das entsprechende Dokument zusenden.

Das gleiche Schreiben wurde ebenfalls an den Gipfelvorsitz der Großregion gesandt, der die Stellungnahmen aller Partner der Großregion sammelt und an den IPR-Vorsitzenden übermittelt.

Wir versichern Ihnen, dass wir die Anliegen des Interregionalen Parlamentarierrates auch in Zukunft mit Aufmerksamkeit verfolgen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Paasch  
Ministerpräsident

Anlage: Stellungnahme der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu den Empfehlungen des IPR vom 28. November 2014 und vom 19. Juni 2015.



## **Stellungnahme der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

zu den Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR) der Großregion vom 28. November 2014 und vom 19. Juni 2015

### **I. Empfehlungen des IPR vom 28. November 2014**

#### **1. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in der Großregion muss grenzenlos sein**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begrüßt die Empfehlungen des IPR, dass der Öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Großregion grenzenlos sein muss. Die Hürden, die in diesem Bereich bestehen, wird die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht alleine abbauen können. Deshalb schließt sich die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Empfehlungen an.

#### **2. Eine journalistische Internetplattform für die Großregion**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begrüßt die Empfehlungen einer journalistischen Internetplattform für die Großregion. Die Hürden, die in diesem Bereich bestehen, wird die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht alleine abbauen können. Deshalb schließt sich die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Empfehlungen an.

#### **3. Neue Wege für eine bessere Lebensqualität in der Großregion**

Die Empfehlung *Neue Wege für eine bessere Lebensqualität in der Großregion* betreffen nicht die Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Von einer fachlichen Stellungnahme zu dieser Empfehlung des IPR wird aus diesem Grunde abgesehen.

Dennoch begrüßt die Regierung die vorgelegten konkreten Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Verkehrsproblematik in der Großregion.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstützt prinzipiell die Forderung, dass die Mitglieder des Gipfels der Großregion sich dafür einsetzen INTERREG-Mittel für spezielle grenzüberschreitende Verkehrsmaßnahmen zu nutzen, um die grenzüberschreitende Verkehrssituation in der Großregion zu verbessern.

Ferner unterstützt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Idee der Einrichtung eines Zweckverbandes für die Mobilität in der Großregion. Obwohl die Deutschsprachige Gemeinschaft hier keine direkten Zuständigkeiten besitzt, befürwortet die Regierung die Teilnahme der Deutschsprachigen Gemeinschaft an einer solchen Plattform.



#### **4. Empfehlung zur Umsetzung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union Für eine nachhaltige, umwelt- und gesundheitsverträgliche Landwirtschaft**

Die Empfehlung zur Umsetzung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union Für eine nachhaltige, umwelt- und gesundheitsverträgliche Landwirtschaft betrifft nicht die Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Von einer fachlichen Stellungnahme zu dieser Empfehlung des IPR wird aus diesem Grund abgesehen.

Dennoch begrüßt die Regierung die 17 Empfehlungen der Kommission 4 „Umwelt und Landwirtschaft“ insbesondere in den folgenden Punkten:

Nr.4: die Organisation der Lebensmittelerzeugung und das Risikomanagement in der Landwirtschaft sowohl in Bezug auf die menschliche Gesundheit als auch auf den Umweltschutz zu fördern.

- Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die bereits stattfindenden Maßnahmen zur Förderung der Vermarktung regionaler Produkte „Made in Ostbelgien“ weiter unterstützen.

Nr.7: Förderinstrumenten für die Niederlassung und Ausbildung von Junglandwirten Vorrang zu geben, grenzüberschreitende Bildungsprojekte einzurichten und Investitionshilfen gerecht auf landwirtschaftliche Betriebe jeder Größenordnung einschließlich kleiner und mittlerer Betriebe, die oft benachteiligt werden, zu verteilen.

- Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die bereits in der Deutschsprachigen Gemeinschaft stattfindende Aus- und Weiterbildung von Landwirten weiter fördern.

Nr. 17: die Einrichtung von Leader-Projekten zu unterstützen im Hinblick auf eine grenzüberschreitende Kooperation, um das Entwicklungspotenzial ländlicher Gebiete zu verbessern, indem lokale Initiativen angeregt werden.

- Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat mit der Webseite [www.dgeuropa.be](http://www.dgeuropa.be) eine Dienstleistung zur Nutzung europäischer Programme eingerichtet, die auf die Förderung durch Leader eingeht und potentielle Antragsteller auf diese Möglichkeit aufmerksam macht. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird dieses Dienstleistungsangebot weiter unterstützen.

#### **5. Gedenken der Großregion an den Jahrestag „100 Jahre Erster Weltkrieg“**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begrüßt die Empfehlungen zum Gedenken der Großregion an den Jahrestag „100 Jahre Erster Weltkrieg“.

Im vergangenen Jahr jährte sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal. In der modernen Medienwelt findet dieses Ereignis nach wie vor einen sehr großen Widerhall. Auf vielen Ebenen wird diese Thematik behandelt:

1. historische Großausstellungen und themenspezifische Sonderschauen;
2. wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Publikationen;
3. Umsetzung in vielfältigen Dokumentar- und Spielfilmen;
4. pädagogische Projekte mit regionalhistorischem Kontext;
5. Theaterprojekte.



Aufgrund der geografischen Lage im ehemaligen Frontgebiet und der angrenzenden Heimatfront, kommt der Großregion bei diesem Gedenkprozess eine besondere Rolle. Die grenzüberschreitende Gedenk- und Bildungsarbeit, die unter anderem in dem Projekt „Gemeinsame Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit in der Großregion“ zum Tragen kommt, ist gerade beim Erinnern an die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts besonders wichtig. Folgende Schwerpunkte kristallisieren sich bei dieser Arbeit heraus:

1. Entdecken und Erleben der Erinnerungsorte der Nachbarländer durch einen intensivierten Schüleraustausch über die Landesgrenzen hinweg;
2. Eintauchen in die unterschiedliche Erinnerungskultur und die Auseinandersetzung mit kulturellen/mentalitätsbedingten Unterschieden in der Großregion für Lehrer, Schüler und weiteren Multiplikatoren;
3. verstärkte Kooperation auf der Ebene der Lehrerfortbildung;
4. Gestaltung gemeinsamer Fachtagungen an Orten des Geschehens vor 100 Jahren und intensiver fachlicher Austausch für Lehrpersonen.

Die Fachtagung vom 27./28.04.2015 in Verdun mit dem Thema „Der Erste Weltkrieg in der Großregion“ ist ein gutes Beispiel für die Umsetzung des letztgenannten Punktes. Bei dieser Tagung ging es um die Erarbeitung von pädagogischen Konzepten zum Ersten Weltkrieg und die Umsetzung im kompetenzorientierten Geschichtsunterricht. Eine Weiterführung im Jahr 2016, dem Gedenkjahr der Schlacht von Verdun vor 100 Jahren, wäre wünschenswert. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens steht diesen Projekten der Großregion positiv gegenüber und schätzt den Mehrwert der Initiative sehr hoch ein.

## **II. Empfehlungen des IPR vom 19. Juni 2015**

### **▪ Duale Ausbildung und Systeme der Ausbildung bei der beruflichen Bildung in der Großregion**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstützt die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rates, IPR, die Zusammenarbeit in der Großregion zwischen den beruflichen Bildungssystemen der verschiedenen Partnerregionen zu fördern.

Gerade für die Deutschsprachige Gemeinschaft als belgische Grenzregion zu den Niederlanden, Deutschland und Luxemburg sind überregionale und internationale Kontakte und Kooperationen von großer Bedeutung für ihre Weiterentwicklung als Wirtschafts-, Wissens- und Bildungsstandort. Dabei kann die Deutschsprachige Gemeinschaft durch ihre geographische Lage sowie durch die Mobilität und Sprachenkompetenz ihrer Einwohner als Brückenkopf zwischen den Regionen der Euregio Maas-Rhein und der Großregion SaarLorLux dienen.

### **Erleichterung einer geregelten transnationalen Ausbildung**

In einzelnen Fällen wünschen sowohl der Lehrling (Eltern) als auch der Ausbildungsbetrieb eine transnationale Ausbildung. Gründe hierfür können sprachliche Hindernisse beim Berufsschulbesuch, die geographische Entfernung zur Berufsschule oder das Fehlen eines spezifischen Berufsschulangebotes sein.



In diesen Fällen sollte eine durch die zuständigen Institutionen geregelte und begleitete transnationale Ausbildung mit dem Lernort Betrieb in der einen und dem Lernort Berufsschule in der anderen Region systematisch ermöglicht werden.

Für diese transnationale Ausbildung auf begründeten Antrag sollten die Rahmenbedingungen in multilateralen oder gegebenenfalls bilateralen Abkommen zwischen den zuständigen Institutionen festgelegt werden. Diese betreffen unter anderem die territoriale Zuständigkeit für den Lehrvertragsabschluss und die Begleitung der betrieblichen Ausbildung, die Prozedur zur Antragstellung, die Festlegung der Berufe in denen dank Kompatibilität der Berufsbilder und notwendigen Kompetenzen eine transnationale Ausbildung möglich ist sowie die Anrechnung und Zertifizierung der erbrachten Lernleistungen.

#### Aufhebung von Rechtsunsicherheiten in der transnationalen Ausbildung

Aus arbeitsrechtlicher Sicht besteht Rechtsunsicherheit in den Fällen, in denen Lehrlinge einen Ausbildungsvertrag in einem Land haben, jedoch an Standorten eines einzelnen Unternehmens in anderen Ländern beziehungsweise Regionen ausgebildet werden. Dies gilt nicht für die Arbeit auf zeitlich befristeten Baustellen oder als Dienstleister im Nachbarland, da hier die Entsenderichtlinien der EU greifen. Rechtsunsicherheit besteht aber dann wenn eine Ausbildung dauerhaft im Wechsel in Niederlassungen beiderseits der Grenze stattfindet.

In diesen Fällen sollten aus arbeitsrechtlicher Sicht die Zuständigkeiten, die Frage der Haftung und die von den Unternehmen zu ergreifenden Schritte in Bezug auf den Ausbildungsvertrag etc. geklärt werden, um Rechtsunsicherheiten in Krisensituationen zu vermeiden.

#### Initiative zu strukturellen transnationalen Ausbildungen

Innerhalb der Großregion besteht nicht nur eine große Mobilität der Arbeitnehmer und Unternehmen, es bestehen auch entsprechende Herausforderungen für Berufsbildungspolitik und -akteure. Die Entwicklung gemeinsamer transnationaler Ausbildungsangebote von Berufsbildungseinrichtungen im Großherzogtum Luxemburg und in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach dem Beispiel der Bidiplomierung im Kfz-Handwerk der Euregio Maas-Rhein oder der gemeinsamen Meisterausbildung der Metzger-Fleischer/innen zwischen Eupen und Aachen können helfen, diese Herausforderungen transregional und mit vereinten Kräften zu meistern.

Grundlage für gemeinsame Ausbildungsangebote – zum Beispiel dort, wo es zu wenige Bewerber/innen für ein eigenständiges Kursangebot gibt oder dort, wo Investitionen gemeinsam getätigt werden könnten – sind konkrete vertrauensvolle Partnerschaften zwischen Unternehmen (z.B. über Innungen, Kammern) und Berufsbildungseinrichtungen (z.B. ZAWM St.Vith, Berufsschule Ettelbrück).

#### Anerkennung von Gesellen- und Meisterbriefen

Die Einführung von nationalen Qualifikationsrahmen und von entsprechenden Kompetenzstufen für Qualifikationen wird die Vergleichbarkeit zwischen den beruflichen Ausbildungen in der Großregion im Einzelfall erleichtern, da jeweils ein Bezug zum gemeinsamen Europäischen Qualifikationsrahmen geschaffen wird.

Eine systematische gegenseitige Gleichstellung aller berufsbezogenen Abschlüsse in der Großregion gestaltet sich allerdings schwierig, da die meisten der Berufsbilder nicht



durch die Partnerregionen der Großregionen definiert werden, sondern durch den föderalen Gesetzgeber beziehungsweise den Bundesgesetzgeber.

#### ▪ **Zweisprachigkeit Französisch/Deutsch in der Großregion**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist ebenfalls der Meinung, dass die Förderung der Nachbarsprache von besonderer Bedeutung ist. Vor diesem Hintergrund hat die DG sich im Rahmen des regionalen Entwicklungskonzepts „Mehrsprachigkeit fördern“ das Ziel gesetzt, alle Nachbarsprachen zu fördern.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begrüßt die Bemühungen des Interregionalen Parlamentarier-Rates Instrumente zur Förderung der Mehrsprachigkeit auszubauen. In diesem Zusammenhang stellt die Sprachlernplattform „Wallangues“ ein praktisches und leicht zugängliches Medium dar. Die Lernplattform steht auch den Bürgern der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zur Verfügung. Gerade die Förderung der Unterrichtssprache Deutsch und der ersten Fremdsprache Französisch stellt für die DG ein wichtiges Element zur Standortsicherung DG dar.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft als Grenzregion möchte nochmals betonen, dass die Förderung der Mehrsprachigkeit ein entscheidender Faktor zur Vernetzung mit anderen Regionen und Ländern und eine wesentliche Stärke von Grenzregionen in Europa ist. Somit kann die DG die vom interregionalen Parlamentarier-Rat ausgearbeitete Empfehlung zur Zweisprachigkeit Französisch/Deutsch nur unterstützen.

#### ▪ **Medienvielfalt in der Großregion**

##### Eine einheitliche europäische Mehrwertsteuer für Printerzeugnisse im niedrigen Bereich

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begrüßt die Empfehlungen einer einheitlichen Mehrwertsteuer für Printerzeugnisse im niedrigen Bereich. Die Hürden, die in diesem Bereich bestehen, wird die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht alleine abbauen können. Deshalb schließt sich die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Empfehlungen an. Der IPR bekundet Interesse am belgischen Modell. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Knowhow-Transfer.

##### Eine verstärkte Förderung von Volontariaten und Stipendien beim Austausch von Journalisten in der Großregion

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begrüßt die Empfehlungen zur verstärkten Förderung von Volontariaten und Stipendien beim Austausch von Journalisten der Großregion. Die Hürden, die in diesem Bereich bestehen, wird die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht alleine abbauen können. Deshalb schließt sich die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Empfehlungen an.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft begrüßt und unterstützt in diesem Zusammenhang das von der Landesmedienanstalt Saarbrücken initiierte Projekt „Nachwuchsreporter“ mit Partnern im Medienkompetenznetzwerk der Großregion.“ Ziel des Projektes ist es, Angebote in der Großregion zu bündeln und dem journalistischen Nachwuchs eine strukturierte Ausbildung anzubieten. Die Partner leisten mit dem Projekt einen Beitrag zur Sicherung und zum Ausbau des Medienstandortes Großregion und sensibilisieren den Nachwuchs für die stärkere journalistische Fokussierung auf die Chancen der Großregion“



(Auszug Projektskizze „Nachwuchsreporter“, 15.09.2015. MedienNetzwerkSaarLorLux e.V, c/o Landesmedienanstalt Saarland).

#### Die Auslobung eines großregionalen Journalistenpreises

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begrüßt die Empfehlungen zur Auslobung eines großregionalen Journalistenpreises.

#### ▪ **Empfehlung bezüglich der Begrenzung des Pestizideinsatzes mit dem Ziel der Verbesserung der Wasserqualität**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begrüßt die Empfehlungen bezüglich der Begrenzung des Pestizideinsatzes mit dem Ziel der Verbesserung der Wasserqualität

Ausdrücklich begrüßt die Regierung die Empfehlung alle Nutzer von Pestiziden über die Einhaltung des richtigen Umgangs mit Pflanzenschutzmitteln im Rahmen der durch die gesetzlichen Regelungen vorgegebenen Grenzwerte sowie über die ökotoxischen Effekte und die toxischen Einflüsse auf die menschliche Gesundheit bei Missbrauch oder falscher Anwendung zu informieren und stärker zu sensibilisieren.

Pflanzenschutzmittel sind z.B. seit jeher Bestandteil der Ausbildungsprogramme der sogenannten „Grünen Berufe“ in der dualen Ausbildung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. In diesem Jahr ist sogar erstmals ein neues Ausbildungsprogramm im Rahmen der Meisterausbildung zu den Berufen Gärtner, Garten und Landschaftsbau (R08/2015) in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet worden, in dem die Phytolizenz 3 integraler Bestandteil des Programms mit einem Stundenumfang von insgesamt 48 Unterrichtsstunden ist.

Das Landwirtschaftliche Schulungszentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (LSZ) hat sich dazu bereit erklärt die notwendigen Folgekurse zur stetigen Erneuerung der Lizenzen, die in Zukunft diesbezüglich nötig sein werden, in ihr jährliches Tätigkeitsprogramm zu integrieren.

Die Phytolizenz ist ebenfalls Bestandteil der Ausbildung im Sekundarschulbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft. In der Landwirtschafts- und Gartenbauabteilung erhalten die Lernenden der technischen als auch der beruflichen Orientierung/Qualifikation seit jeher einen vollständigen und anerkannten Unterricht, der es ihnen erlaubt nach bestandener Prüfung einen Antrag auf Anerkennung zur Zulassung der entsprechenden Phytolizenz zu erhalten. Die Schüler können die Prüfung für die Zulassung des P2 und/oder P3 Statuts während eines Zyklus von 2 Jahren ablegen. Ziel des Phytolizenzunterrichts ist der sach- und fachgerechte Umgang mit Pestiziden und Bioziden im Rahmen der aktuellen Gesetzgebung. Zentrale Inhalte des Unterrichts sind beispielsweise Umgang, Anwendung und Lagerung von Pestiziden, Folgen bei Missachtung von Vorschriften, toxische Einflüsse, Kennenlernen der Wirkstoffe (Nomenklatur), Folgen für die menschliche Gesundheit, die eigene Sicherheit oder der Umwelt/Umweltschutz.